

Damen und Herren
der Presse

Saarbrücken, den 06.02.2015

Landkreistag Saarland: Gemeinsames und abgestimmtes Handeln von Land, Landkreisen und Gemeinden zur Stabilisierung der Kommunalfinanzen dringend notwendig

Der Landkreistag Saarland fordert ein gemeinsames und abgestimmtes Handeln von Land, Landkreisen und Gemeinden zur Stabilisierung der Kommunalfinanzen im Saarland. "Wir können nur gemeinsam das Problem der Kommunalverschuldung angehen" erklärte die Vorsitzende des Landkreistages, Landrätin Cornelia Hoffmann-Bethscheider im Anschluss an die heutige Sitzung des Vorstandes.

Dies sei auch der Tenor der bisherigen Ausführungen von Prof. Junkernheinrich von der Universität Kaiserslautern, den das Land mit einem Gutachten zur kommunalen Finanzsituation im Saarland beauftragt hat. Danach haben Bund, Land, Landkreise und Gemeinden in den nächsten Jahren ihre spezifischen Beiträge zur Verbesserung der Kommunalfinanzen zu leisten. "Schnellschüsse eines neuen Ministers sind eine denkbar schlechte Grundlage für eine Verbesserung der kommunalen Finanzsituation" erklärte Landrätin Cornelia Hoffmann-Bethscheider. Zunächst sollte der zuständige Minister die Vorlage des endgültigen Gutachtens abwarten, sich danach mit den kommunalen Spitzenverbänden auf ein gemeinsames Vorgehen verständigen und die Umsetzung im Dialog begleiten.

"Auch wir wissen, wo uns in der Praxis der Schuh drückt", führte Landrätin Cornelia Hoffmann-Bethscheider weiter aus. Das beginnt mit der völlig unzureichenden Finanzierung der Sozialleistungen durch die von den Gemeinden erhobene Kreisumlage: "Bund und Land machen die Sozialgesetze und wir finanzieren Sozialleistungen im Saarland wie auch anderswo in Deutschland durch kommunale Umlagen - das kann auf Dauer nicht gutgehen". Hier sei die Finanzierung der Sozialausgaben durch die Beteiligung der Landkreise an einer Wachstumssteuer oder durch die Finanzierung aus dem Bundeshaushalt die strukturelle Lösung.

Als wichtige Einzelbestandteile eines gemeinsamen Vorgehens zwischen Land, Landkreisen und Gemeinden nannte die Vorsitzende des Landkreistages Saarland, Landrätin Hoffmann-Bethscheider:

- Verankerung eines strikten Konnexitätsprinzips in der Landesverfassung,
- Ungekürztes Durchleiten aller Bundeshilfen an die Landkreise und den Regionalverband Saarbrücken,
- Klare Artikulation der Interessen des Saarlandes bei der Aushandlung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen („Länderfinanzausgleich“, „Auslaufen „Solidarpakt 2020““),
- Wahrnehmen der „Schutzschildfunktion“ des Landes im Bundesrat zur Abwehr neuer ausgabeträchtiger Gesetze, die die Landkreise und den Regionalverband Saarbrücken betreffen.

Durch die Verabschiedung des Haushaltsbegleitgesetzes im Saarland Ende letzten Jahres ist die Verteilungssystematik des Aufkommens aus der Grunderwerbsteuer zugunsten des Landes geändert worden, was auf Seiten der Landkreise und des Regionalverbandes Saarbrücken landesweit zu Einnahmeverlusten von mehr als 20 Mio. € geführt hat, die wiederum nur durch eine Anpassung der Kreis- oder Regionalverbandsumlage ausgeglichen werden können. "Das Vorgehen der Landesregierung ist sowohl in der Sache als auch in der Form nicht akzeptabel", so Landrätin Cornelia Hoffmann-Bethscheider. Die gesamte kommunale Ebene habe von den Regierungsplänen lediglich aus der Zeitung erfahren. Im Sinne eines partnerschaftlichen Umgangs des Landes mit seinen Kommunen wäre es angemessener und zielführender gewesen, alle Maßnahmen bereits im Vorfeld mit den kommunalen Spitzenverbänden in Konsensgesprächen zu erörtern. Stattdessen habe die Landesregierung durch öffentliche Statements im Nachgang ihrer

Klausurtagung Fakten geschaffen. Ein entsprechendes Gremium sei im Kommunalfinanzausgleichsgesetz sogar bereits vorgesehen. Aufgabe des Beirates für den kommunalen Finanzausgleich sei es, die Auswirkungen des Kommunalfinanzausgleichsgesetzes zu beobachten sowie Vorschläge für notwendige Gesetzesänderungen zu erarbeiten.

Insgesamt ist nach Auffassung des Landkreistages gerade in Zeiten der Schuldenbremse ein gemeinsames Vorgehen von Land, Landkreisen und Gemeinden notwendig. "Schulduweisungen und einseitige Maßnahmen des Landes helfen hier überhaupt nicht", konstatierte die Vorsitzende des Landkreistages. Auf Seiten der Landkreise und des Regionalverbandes Saarbrücken habe man grundsätzlich Verständnis für die Haushaltslage des Landes. Die kommunale Selbstverwaltung dürfe allerdings nicht weiter ausgehöhlt werden und zu einer leeren Hülle verrotten, sondern das Land müsse die gesamte kommunale Ebene aufgabenangemessen ausstatten. Das Land dürfe seine Haushaltsnotlage nicht dadurch bekämpfen, indem es die Landkreise, den Regionalverband sowie die Städte und Gemeinde ausblute und die Schuldenspirale dort noch forcieren. Die Finanz- und Haushaltspolitik des Saarlandes gegenüber seinen Kommunen müsse den Grundsätzen der Rücksichtnahme und der Partnerschaftlichkeit folgen.

Ansprechpartner:

Martin Luckas, Geschäftsführer

Tel.: 0681-95094516 oder 0175-2030080